

11.28

Bundesrätin Monika Mühlwerth (FPÖ, Wien): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Sehr geehrtes neues Team der Bundesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und zu Hause an den Bildschirmen! Wir haben jetzt eine halbe neue Regierung mit einem neuen Bundeskanzler an der Spitze. Ich darf Sie auch namens der freiheitlichen Fraktion bei uns im Bundesrat willkommen heißen.

Herr Bundeskanzler! Wir haben Ihrerseits viel gehört, Sie haben eine sehr gute Rede gehalten, vieles davon ist uns aber wohlvertraut. Wir haben bis jetzt noch nach jeder Wahl gehört, es müsse ein neuer Stil einkehren, und es waren von 21 Wahlen immerhin 19, die von SPÖ und ÖVP verloren worden sind, und da haben wir, wie gesagt, immer gehört, es müsse ein neuer Stil herkommen, man müsse besser miteinander reden und man habe, wie es Kollege Mayer gesagt hat, die eigene Politik schlecht verkauft – aber vielleicht kommen Sie auch einmal auf die Idee, dass Sie schlechte Politik gemacht haben – und man müsse besser miteinander kommunizieren.

Nach dem gestrigen Streit über die Zahlen, nämlich darüber, ob wir da von Asylberechtigten oder von Asylwerbern sprechen, schaut aber, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, der neue Stil jetzt, 14 Tage, nachdem die Regierung umgebildet worden ist, schon ziemlich alt aus. **Das** ist genau das, was die Menschen in diesem Lande **nicht** wollen! Sie wollen, dass ordentlich gearbeitet wird, **für** sie gearbeitet wird und nicht **gegen** sie. Da haben Sie, Herr Bundeskanzler, zwar gesagt, dass man natürlich die Sorgen und die Ängste der Menschen ernst nehmen muss, aber hintennach haben Sie dann gemeint – hier haben Sie es nicht gesagt, aber im Nationalrat –, man dürfe aber nicht in Chauvinismus verfallen und man dürfe nicht hetzen.

Da frage ich mich jetzt und ich frage auch Sie: Wer hetzt, wen meinen Sie? Meinen Sie jene Wähler, die die FPÖ gewählt haben? Die taten das nicht nur aus Protest. Es ist nämlich eine weitverbreitete Mär, dass die FPÖ nur aus Protest gewählt wird. Nein, die FPÖ wird auch deshalb gewählt, weil die Menschen glauben, dass wir die besseren Rezepte und Lösungen haben.

Wir von der FPÖ haben sehr viele Anträge eingebracht: zum Thema Asyl, zum Thema Pflege, zum Thema Gesundheit, Spitäler, Arbeitsrecht. Von uns liegen Hunderte Anträge im Nationalrat, die **nie** in irgendeiner Form von der Regierung auch nur zur Kenntnis genommen wurden.

Zum Beispiel ist die Zusammenlegung der Sozialversicherungen eine 30 Jahre alte Forderung der FPÖ. Jetzt hörte ich, dass Sie eine Studie dazu machen wollen, um zu schauen, ob man da eine gewisse Effizienzsteigerung erzielen kann.

Wir von der FPÖ sehen die Probleme, und zwar geht es nicht nur um das Problem mit den Asylzahlen und der Obergrenze, sondern es geht auch um die Probleme, die wir tagtäglich erleben.

Zum Beispiel haben wir am Praterstern das Problem, dass sich die Menschen nicht mehr dorthin gehen trauen, zur U-Bahn, zur S-Bahn oder auf dem Nachhauseweg, weil es dort täglich an die sieben Fälle gibt, wo man belästigt wird, überfallen wird, als Frau angegrapscht wird, im schlimmsten Fall vergewaltigt wird.

Das nächste Problem ist die Drogenszene entlang der U6, wo jetzt – danke an die Polizei! – wirklich rigoros durchgegriffen wird. Diese Drogenszene hat aber ein falsches Gesetz möglich gemacht, das auf die Kleinstkriminalität ausgerichtet war, und man hat dabei leider übersehen – entgegen den Warnungen der FPÖ, aber auch entgegen den Warnungen des Innenministeriums –, dass damit auch die Drogendealer quasi aus dem Schneider sind. Jetzt hat man das Gesetz Gott sei Dank repariert, und dort finden jetzt Razzien statt, und die Dealer sind auf einmal verschwunden.

Natürlich wissen wir, dass diese Drogenszene nur verlagert wird, dass diese Dealer jetzt nicht auf Nimmerwiedersehen verschwunden sind, aber trotzdem zeigt sich da schon, dass wir auch etwas tun müssen, dass wir auch die Stärke des Staates zeigen müssen, um den Leuten zu verdeutlichen: So geht das nicht!

Im Bereich der Bildung haben wir auch Probleme, und die hängen natürlich auch mit der Zuwanderung zusammen. Da wird die neue Bildungsministerin sehr gefordert sein. Wir müssen da nicht streiten, ich gebe zu, ich bin eine Gegnerin der Gesamtschule und kann auch begründen, warum, aber dazu reicht jetzt die Zeit nicht, das können wir ein anderes Mal diskutieren. Mir geht es jetzt nicht um die Organisationsform, sondern darum, dass unseren Kindern auch vermittelt werden muss, dass es eine gewisse Leistungsbereitschaft und eine gewisse Leistungswilligkeit geben muss. Dabei sollen die Kinder nicht überfordert werden, aber ohne Leistungswillen wird überhaupt nichts funktionieren. Und das betrifft natürlich auch die Kinder der Zuwanderer. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es steht und fällt das Fortkommen nun einmal mit der Sprache. Und da muss man sagen: Wenn wir Zuwanderer in Österreich haben – und das seit Jahren –, deren Kinder bei uns geboren und aufgewachsen sind, die, wenn sie in die Schule kommen,

kein Wort Deutsch können, dann wissen wir, dass die mit einem Österreicher nie in Berührung gekommen sind.

Fakt ist: Auch der Bildungsfernste, ob es jetzt ein Österreicher oder ein Zuwandererkind ist, kann, wenn er Lernbereitschaft zeigt – und Lernen ist halt nun einmal Anstrengung, den Nürnberger Trichter gibt es nicht –, zu einem Hochschulabschluss kommen. Und wir müssen uns wünschen, dass all diese Kinder einen möglichst guten Schulabschluss haben, denn sie sollen ja in das System einzahlen und nicht aus dem System herauskommen. Da sind wir uns ja einig. Aber es muss ihnen eben auch verdeutlicht werden, dass Bildung an sich einen Wert hat und nicht etwas ist, das eigentlich keiner braucht, weil man es letzten Endes anders auch zustande bringt.

Klar ist: Wir haben in Österreich noch viele andere Probleme. Sie haben noch viele Probleme aufzugreifen, und daher müssen den schönen Worten auch Taten folgen.

Zum Beispiel: Wir haben die höchste Staatsverschuldung seit Jahren. Die Wirtschaft beginnt jetzt, wenn auch zaghaf, ein bisschen zu wachsen. Oder: Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit. Und wir haben Probleme im Bildungssystem.

Wir müssen im Bereich der Wirtschaft schauen, dass wir nicht nur vonseiten des Staates Investitionen tätigen. Wir müssen schauen – oder Sie müssen schauen, wir alle eigentlich! –, dass ein Wirtschaftsklima entsteht, in dem sich auch junge Leute selbstständig machen wollen. Es ist leider nicht so, dass Österreich ein Land ist, in dem sich junge Leute wahnsinnig gerne selbstständig machen. Es gibt viele Gründe, warum sie es nicht tun. Zum Beispiel: Es gibt unglaublich viele bürokratische Hürden. Außerdem wird die Investitionstätigkeit in letzter Zeit nicht gerade gefördert, sondern eher behindert. Und es hat sich auch nicht gedanklich festgesetzt, dass es etwas Tolles ist, auf eigenen Füßen zu stehen und quasi sein eigener Chef zu sein.

Und beim Asylthema – ich meine den Streit, den ich zu Beginn meiner Ausführungen erwähnt habe – hat Ihnen, Herr Bundeskanzler, ja auch der Verteidigungsminister ausgerichtet, dass wir bei diesen Zahlen sehr transparent und sehr vorsichtig vorgehen müssen. Und da kann man nicht so einfach drüberwischen und sagen: Na ja, es ist wurscht, ob das Asylberechtigte oder Asylwerber sind!

Das macht einen Riesenunterschied aus, wie es auch Außenminister Kurz schon gesagt hat. Und wir von der FPÖ sehen das genauso. Denn wenn man da die Dinge verwechselt, dann haben wir auf einmal viel mehr Flüchtlinge da, als wir wollen und auch verkraften können. Und ja, die FPÖ hat sich immer dazu bekannt – und dazu stehen wir –, dass man nicht jeden nehmen kann. Dabei geht es nicht darum, dass wir

Feinde der Menschen sind, die muslimischen Glaubens sind, sondern unsere Kritik hat sich immer gegen die Islamisten, vor allem gegen den politischen Islam gerichtet, wo wir uns mit vielen anderen durchaus in Übereinstimmung befinden. So hat etwa der Obmann der Initiative Liberaler Muslime in Österreich Albayati gestern zu Andreas Unterbergers Blog einen Artikel gepostet, wo er sagt, man müsse da wirklich aufpassen, weil mit den Islamisten auch Terroristen nach Österreich gekommen sind und durch Österreich in andere europäische Länder gezogen sind. – Also, da ist ein Muslim, der das durchaus auch so sieht.

Ich möchte auch noch daran erinnern, dass Necla Kelek, eine Deutsch-Türkin, vor Jahren in ihrem Buch „Die verlorenen Söhne“ schon geschrieben hat, dass viele der Leute, die Moslems sind, mit den Füßen hier ankommen, aber nicht mit den Köpfen, sie wollen hier genauso leben, wie sie es zu Hause getan haben, ohne sich hier irgendwie anpassen zu müssen.

Und wenn Sie jetzt durch Wien gehen, kann ich Ihnen zeigen, wo die selbstgewählten Ghettos sind, wo kein Österreicher, kein Wiener, auch nicht die FPÖ, gesagt hat: Ihr müsst alle in diesen Bezirk gehen!, sondern diese Leute wollen in diesen Bezirk, weil sie dort schon alles haben, was sie brauchen, da müssen sie nicht Deutsch lernen, sie haben dort die gesamte Infrastruktur, die sie brauchen.

Das alles sind Dinge, vor denen wir von der FPÖ seit Jahren warnen, weswegen wir dann immer als Hetzer hingestellt werden!

Noch ein Punkt sei erwähnt: Wir müssen uns auch über die Mindestsicherung unterhalten. Selbstverständlich gehört da auch etwas getan. Wir können nicht jedem, der gerade unsere Staatsgrenze überschritten hat, 823 € oder 853 € geben. Was sagen Sie denn angesichts dessen den Mindestpensionisten, die 40 oder 45 Jahre gearbeitet haben und genau das Gleiche bekommen? Da fühlt sich doch der Österreicher gepflanzt und sagt natürlich: Das kann es nicht sein!

Und natürlich ist es schrecklich, wenn ein ... (*Zwischenruf des Bundesrates Mayer.*) Das hat übrigens dein Kollege Gödl das letzte Mal auch gesagt, aber da war es wahrscheinlich gut, und wenn ich es sage, ist es nicht gut. (*Bundesrat Mayer: ..., das ist ein großer Unterschied!*) Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht dasselbe, ich weiß schon.

Selbstverständlich ist es eine Katastrophe, wenn in Oberösterreich ein Asylantenheim brennt. Das ist das Allerletzte, was wir alle hier wollen. Jeder von uns will, dass diese Dinge friedlich gelöst werden. Da müssen Sie sich aber auch an der eigenen Nase fassen, wenn Sie vom Respekt vor dem anderen reden oder wenn Sie von einer

Abrüstung der Worte sprechen, und darf nicht pauschal alle, die nicht einer – ich sage es jetzt salopp – linken Meinung anhängen oder sagen: Alle sollen hereinkommen!, ausgrenzen und sagen: Das sind die rechten Hetzer! Also, da muss jeder etwas tun.

Sie als Regierung sind gefordert, nicht nur zu reden, sondern auch zu arbeiten, denn es ist nicht fünf nach zwölf, sondern es ist eigentlich schon zwanzig nach zwölf. *(Beifall bei der FPÖ.)*

11.39

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Bundesrat Stögmüller. – Bitte, Herr Kollege.